

Prozesskostenhilfe ist kein Sparinstrument

Sabine Berninger kritisiert erhöhte finanzielle Hürden für den Zugang zu Gerichten

Anfang Juli wurde auf Bundesbene die Prozesskostenhilfe-Reform verabschiedet. Sie tritt Anfang 2014 in Kraft „und bringt für betroffene Rechtssuchende trotz angeblicher ‚Entschärfung‘ durch den Bundestag deutliche Verschlechterungen mit sich“, kritisierte Sabine Berninger, justizpolitische Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE.

Vor allem die Senkung der Freigrenzen werde zahlreiche bisherige Berechtigte von der Prozesskostenhilfe (PKH) als finanzielle Prozessunterstützung ausschließen.

Enormer Anstieg der Fallzahlen und der PKH-Leistungen

„Ähnlich sieht es für die Beratungshilfe für Erstberatungen bei Anwältinnen aus“, sagte die Abgeordnete weiter. Steigende PKH-Kosten in der Vergangenheit sind nach Ansicht der Justizpolitikerin ein deutliches Zeichen für zunehmende soziale Probleme in der Gesellschaft und für sozial unverträgliche Gesetzesänderungen.

„Dann aber die finanziellen Hürden für den Zugang zu den Gerichten durch Änderungen bei der PKH für Rechtsuchende zu erhöhen, ist in einem sozialen Rechtsstaat, der diesen Namen verdient, die völlig falsche Antwort“, betonte Sabine Berninger.

Die Regelungen zur Prozesskosten- und Beratungshilfe dürfen „nicht als bequemes Sparinstrument der öffentlichen Hand missbraucht werden, um unliebsame Folgewirkungen unsozialer und handwerklich schlechter Gesetzgebung zu beseitigen“.

Als „einen solchen Fall mit allerhöchstem Problempotenzial“ bezeichnete die Landtagsabgeordnete den enormen Anstieg der Fallzahlen und der PKH-Leistungen im Bereich der Sozial-

gerichte wegen der Hartz-IV-Verfahren. „Hier waren und sind Menschen wegen unsozialer, ja sogar verfassungswidriger und juristisch handwerklich schlechter Regelungen gezwungen, zur Sicherung ihrer Existenz vor Gericht zu gehen. Man müsste also mit Blick auf Prozesszahlen und PKH-Kosten vor allem die soziale und handwerkliche Qualität der Regelungen verbessern und darüber hinaus auf gesell-

rückt, gleichzeitig jedoch auch die Anwaltsgebühren um durchschnittlich 12 Prozent steigen, dann klappt eine noch größere Schutzlücke als bisher schon.“ Sabine Berninger kritisierte mit Blick auf „diese absehbare soziale Zuspitzung der Situation die lasche und laviierende Haltung der Landesregierung in dieser Sache“.

Die Abgeordnete kündigte an, dass die Linksfraktion die weitere Umset-

zung der PKH-Reform sehr kritisch und mit Blick auf notwendige Korrekturen mit parlamentarischen Aktivitäten begleiten werde.

Parlamentarische Anfrage eingereicht

Am 24. Juli hat Sabine Berninger eine Kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht unter der Überschrift „Prozesskosten- und Beratungshilfe in Thüringen – Mögliche Auswirkungen beschlossener Gesetzesänderungen“.

Sie verweist dabei darauf, dass laut Bundesregierung eine Senkung der Ausgaben für die öffentlichen Haushalte das Ziel des Gesetzentwurfs sein soll und dafür u.a. Freibeträge gesenkt, die Fristen, in denen Ratenzahlung bzw. Rückzahlung verlangt werden kann, verlängert und die Teilaufhebung von PKH-Entscheidungen vorgeschlagen werden. Von der Landesregierung will die Abgeordnete zur Entwicklung in Thüringen genaue Angaben.



schaftspolitischen Weg eine Reihe sozialer Problemlagen angehen, die sich im Arbeitsaufkommen von Gerichten widerspiegeln“, sagte die LINKE Justizpolitikerin. Aufgabe von Prozesskosten- und Beratungshilfe sei es aber, Rechtsuchenden unabhängig ihres Geldbeutels die Tür zu den Gerichten zu öffnen.

Es klappt eine noch größere Schutzlücke als bisher schon

„Wenn die PKH - als echter Zuschuss bzw. als rückzahlbares Darlehen - durch Änderung der Freigrenzen für immer mehr Menschen in weite Ferne

Archiv-Foto: Sabine Berninger am 1. Mai bei einer Solidaritätsaktion mit den Bosch-Beschäftigten in ihrem Wahlkreis Arnstadt.

Berufsschüler

Die Linksfraktion fordert die Landesregierung auf, das Fahrtkostenproblem für Thüringer Berufsschüler noch vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres im September zu regulieren. Susanne Hennig: „Die Fahrtkosten haben sich in den letzten Jahren drastisch erhöht. Die Mittel, die das Land zur Unterstützung für besonders Betroffene bereitstellt, reichen längst nicht mehr aus. Die Zusammenlegung von Fachklassen wegen der zurückgehenden Zahl von Berufsschülern hat das Problem verstärkt. Die Landesregierung sollte unbedingt noch vor Beginn des Ausbildungsjahres die Initiative ergreifen und für die Berufsschüler handeln, sonst leidet die Attraktivität Thüringens als Ausbildungsstandort.“

Klimaanpassung

Zum Klimaanpassungsprogramm des Thüringer Umweltministeriums erklärte MdL Tilo Kummer: „Ein wichtiges Handlungsfeld in der Klimaanpassungsstrategie stellt die Forstwirtschaft dar. Aber so, wie sich das die Landesregierung vorstellt, ist dies keine nachhaltige Forstpolitik. Waldumbaumaßnahmen, wozu insbesondere die Schaffung einer größeren Baumartenvielfalt gehört, dauern viel zu lange. Erinnert sei nur an die Borkenkäferplage oder den Sturm Kyrill.“ Würde man schneller reagieren, könnte vielleicht bereits heute größeren Schäden vorgebeugt werden. Das Land müsse sich dazu aber endlich bekennen und entsprechend notwendige Finanzmittel bereitstellen, so der Abgeordnete.

Modellprojekt

Das Ostthüringer Modellprojekt für 25- bis 35jährige ohne Berufsabschluss wird vom wirtschaftspolitischen Sprecher der Linksfraktion, Dieter Hausold, begrüßt. „Angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels in Thüringen und der ständig sinkenden Schulabgängerzahlen werben bereits heute zahlreiche Firmen um Auszubildende. Insofern stellt das vorgestellte Projekt eine gute Möglichkeit dar, um Fachkräfte für die Zukunft zu sichern und jungen Menschen eine Perspektive in ihrer Region zu bieten.“ Allerdings dürfe die problematische Situation insgesamt nicht außer Acht gelassen werden. „Das Modellprojekt ist ein Tropfen auf den heißen Stein, weitere Fördermaßnahmen müssen folgen.“

VON A BIS Z:

Lebensmittelkontrolle

Mit Blick auf den Jahresbericht 2012 der amtlichen Lebensmittelüberwachung Thüringen unterstreicht die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Diana Skibbe, die grundsätzliche Bedeutung der Lebensmittelsicherheit und fordert engmaschigere Kontrollen.

Die 31.874 Kontrollen in den 20.503 der rund 42.000 Thüringer Lebensmittelbetriebe im Jahr 2012 führten zu 1.752 Beanstandungen. Während die Anzahl der Lebensmittelunternehmen um 517 gegenüber 2011 zurückging, sank die Zahl der durchgeführten Kontrollen wesentlich stärker. Auch die sich seit Jahren auf einem Level zwischen acht und zehn Prozent bewegende Beanstandungsquote (im Jahr 2012: 8,5 Prozent) sowie die aufgezeigten Defizite im Umgang mit Lebensmitteln machen deutlich, dass die Lebensmittelkontrolle als staatliche Aufgabe weiter auszubauen ist.

„Während sich also die negativen Feststellungen aus den Kontrollen auf gleichbleibend hohem Niveau bewegen, ging die Kontrolltätigkeit deutlich rückläufig. Nur 64 Prozent der Lebensmittel verarbeitenden Betriebe Thüringens können mit dem gegenwärtigen Personalbestand einmal jährlich geprüft werden.“

Hier macht sich bemerkbar, dass deutschlandweit rund 1.600 Lebensmittelkontrolleure fehlen“, betont die Abgeordnete und fordert auch vor dem Hintergrund ständiger Skandale im Lebensmittelbereich deutlich mehr Personal für Lebensmittelkontrollen.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags nach der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 18. bis 20. September statt.

Bürgerfest:

Der Thüringer Landtag lädt in diesem Jahr statt zu dem üblichen Tag der offenen Tür zu einem Bürgerfest ein. Dieses findet am Samstag, den 14. September, im und vor dem Landtag in Erfurt statt. Die LINKE hält ein vielfältiges Informationsangebot bereit.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de